

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telefax: 889 848 ppbn d
Telefax: 21 06 84

Inhalt

Karsten D. Voigt zur Notwendigkeit, die bundesdeutsche Sicherheitspolitik in multilaterale Strukturen einzubetten: Auf dem Weg zur Einheit.

Seite 1

Dr. Wilhelm Bruns zum Buch des in den einstweiligen Ruhestand versetzten Flottenadmirals: Stoltenbergs Fehlverhalten im Falle Schmählings.

Seite 4

Wolfgang Biermann zu einem sicherheitspolitischen Vorschlag des US-Politikers: Kissingers neues Denken.

Seite 5

45. Jahrgang / 39

23. Februar 1990

Auf dem Weg zur Einheit

Zur Notwendigkeit, die bundesdeutsche Sicherheitspolitik in multilaterale Strukturen einzubetten

Von Karsten D. Voigt MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Bundestagsausschuß für auswärtige Beziehungen

Eine bundesstaatliche Einheit der Deutschen ist mit der Mitgliedschaft der DDR im Warschauer Pakt unvereinbar. Otto Grotewohl hat am 14. Mai 1955 beim Beitritt der DDR zum Warschauer Vertrag eine offizielle Erklärung übergeben, in der die Unwirksamkeit der Bündnisverpflichtungen für den Fall der Wiedervereinigung nachdrücklich unterstrichen wird. Bilaterale Vereinbarungen zwischen der DDR und der Sowjetunion über die Stationierung sowjetischer Truppen gelten auch nach Ausscheiden der DDR aus der WVO weiter. Es muß jetzt bald in Gesprächen mit der Sowjetunion geklärt werden, welche Zahl sowjetischer Truppen wie lange in welchem vertraglichen Rahmen in einem gesamtdeutschen Bundesstaat weiterhin auf dem Territorium der bisherigen DDR stationiert bleiben. Aber deutsche Politiker können keine Sicherheitspolitik unterstützen, die dazu führen würde, daß an der Westgrenze Polens Truppen der NATO stationiert werden.

Deutschen wie europäischen Interessen widerspricht eine deutsche Sicherheitspolitik, die nicht in multilaterale Strukturen eingebettet wird. Ein neutraler gesamtdeutscher Bundesstaat liegt weder im Interesse unserer östlichen, noch unserer westlichen Nachbarn. Deshalb sollten im KSZE-Rahmen und auch gleichberechtigt zwischen den Deutschen, den drei westlichen Alliierten und der Sowjetunion Vereinbarungen angestrebt werden, die eine deutsche Einheit sicherheitspolitisch stabilisieren.

Die Entwicklungen in der DDR haben sich derart beschleunigt, daß eine staatliche Einheit der Deutschen vereinbart werden wird, obwohl bei den Wiener Verhandlungen und der bevorstehenden KSZE-Konferenz erst Teilelemente einer gesamteuropäischen Friedensordnung vereinbart werden können. Aus diesem Grunde könnten in Übereinstimmung mit der Sowjetunion sicherheitspolitische Übergangslösungen erforderlich werden, die gesamteuropäische Abrüstungsvereinbarungen, spezielle sicherheitspoli-

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mit zuzügl. Mwst und Versand.

Kreislaufnummer
mit serieller Nummer
Recycling Papier



tische Begrenzungen für Gesamtdeutschland und für spezifische Regionen Deutschlands bei gleichzeitig andauernden vertraglichen Bindungen an ein in seinen Funktionen verändertes westliches Bündnis ersetzen. Das westliche Bündnis wird seine abwehrende Funktion gegenüber der Sowjetunion abbauen und zugleich neue kooperative Funktionen ihn auf dem Wege zu einer europäischen Friedensordnung übernehmen können.

Der Fall der Berliner Mauer und die Öffnung des Brandenburger Tores symbolisieren das Ende des Kalten Krieges. Mit der demokratischen Revolution in Osteuropa öffnet sich das Tor zu einer europäischen Friedensordnung. Im Ost-West-Verhältnis werden sich die Bündnisse zunehmend in der Fähigkeit zur Gestaltung stabiler blockübergreifender Beziehungen bewähren müssen. Auf dem Weg zur europäischen Friedensordnung sollten Deutsche und ehemalige Siegermächte im Geiste gleichberechtigter Partnerschaft in einem oder in mehreren Schritten ehemalige Siegerrechte durch blockübergreifendes Völkerrecht ablösen. Eine Gipfelkonferenz aller Unterzeichnerstaaten der KSZE-Schlußakte, die diesem Ziel dient, liegt im gemeinsamen Interesse der Staaten und Völker Europas. In dem Maße, in dem gleichberechtigte Staaten sich im KSZE-Prozeß und bei den Wiener Verhandlungen auf ihre friedens- und sicherheitspolitischen Rechte und Pflichten in Europa einigen, werden damit substantiell zugleich Regelungen vorweggenommen, die formal einem Friedensvertrag der ehemaligen Siegermächte mit Deutschland vorbehalten bleiben.

Die Lage in der DDR muß schon vor den Wahlen vom 18. März durch Soforthilfemaßnahmen stabilisiert werden. Hier hat die Bundesregierung bisher kläglich versagt. Die vom Bundeskanzleramt verbreiteten Gerüchte über eine angebliche Zahlungsunfähigkeit der DDR nähren den Verdacht, daß die Fluchtbewegungen in der DDR gefördert und eine Destabilisierung der DDR verursacht werden sollte.

Unmittelbar nach freien Wahlen in der DDR sollten beide deutschen Staaten erste Schritte in Richtung auf einen Bundesstaat vereinbaren. Bund und Länder in beiden deutschen Staaten müssen bei der Entscheidung darüber, ob eine bundesstaatliche Einheit der Deutschen nach Artikel 23 oder nach Artikel 146 des Grundgesetzes angestrebt werden soll, beteiligt werden. An der Entscheidung über die demokratische Einheit der Deutschen sind alle demokratischen Kräfte in beiden Teilen Deutschlands zu beteiligen.

Die Reisefreiheit erfordert Vereinbarungen zwischen Bundesbahn und Reichsbahn über eine Ausweitung und Verbesserung des deutsch-deutschen Bahnverkehrs. Eine gemeinsame Dachgesellschaft von Bundesbahn und Reichsbahn sollte bald die Verantwortung für die Koordinierung des deutsch-deutschen Bahnverkehrs und für die Modernisierung der Eisenbahn in der DDR übernehmen. Bundespost und Deutsche Post sollten mit der Verschmelzung der gelben Post, der Telekommunikation und ihre Banken und Sparkassen in beiden deutschen Staaten beginnen. Lufthansa und Interflug haben eine immer enger werdende Zusammenarbeit im Flugverkehr vereinbart. Diese Absprachen bedürfen einer staatlichen Rahmenvereinbarung durch ein deutsch-deutsches Luftverkehrsabkommen unter Einbeziehung Berlins. Nur wenn das Schengener Abkommen in Zukunft ebenfalls die Deutschen in der DDR einbezieht, kann verhindert werden, daß Freizügigkeit in Deutschland in einen Konflikt mit dem Streben nach Abbau der Grenzkontrollen innerhalb Westeuropas gerät.

Aufgrund der Freizügigkeit in Deutschland müssen sozialpolitische Leistungen so umgestaltet werden, daß den Bürgerinnen und Bürgern in der DDR auch sozialpolitisch eine Perspektive zum Bleiben geboten wird. Die Bundesrepublik sollte zu einer sachlich und personell besseren Ausstattung des Gesundheitswesens in der DDR beitragen. Längerfristiges Ziel muß es sein, die Arbeits- und Lebensbedingungen in der DDR und der Bundesrepublik auf der Grundlage des jeweils besseren Standards aneinander anzugleichen. Hierzu bedarf es zahlreicher Abkommen zwischen beiden deutschen Staaten, aber auch von Vereinbarungen mit der EG.

Die DM ist heute bereits zur zweiten Währung der DDR geworden. Dieser Trend wird sich aufgrund der Freizügigkeit und von Investitionen der bundesdeutschen Wirtschaft weiter verstärken.

Die Regierungen und Notenbanken der beiden deutschen Staaten werden bald vereinbaren, die DM schrittweise zur gemeinsamen Währung der beiden deutschen Staaten werden zu lassen. Dieser Prozeß muß von einer umfassenden Harmonisierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik der beiden Staaten begleitet werden. Erforderlich ist eine sozialpolitische Abfederung bei der Einführung der DM. Ziel ist unter Beteiligung der 16 deutschen Länder eine gemeinsame Deutsche Bundesbank.

Nach der Wiedereinführung der Länder in der DDR sollten beide deutschen Staaten und alle 16 Länder ähnlich dem in der Bundesrepublik geltenden Ausgleich zwischen finanziell schwachen und finanziell starken Ländern in einen vertraglich vereinbarten Finanzausgleich einbezogen werden. Dadurch könnte insbesondere die Fähigkeit die DDR und der Länder in der DDR zur Modernisierung der Infrastruktur verbessert werden. Die Interessen der deutschen Länder gegenüber den beiden deutschen Staaten könnten die Länder in einer gemeinsamen Länderkammer aufeinander abstimmen. In den Bereichen, in denen die Länder in beiden deutschen Staaten eine Alleinzuständigkeit besitzen, sollte in Zukunft ihre Politik föderal und nicht zentralistisch durch Ministerkonferenzen und Staatsverträgen aller Länder in beiden deutschen Staaten koordiniert werden. Dies könnte insbesondere für die Kultur, Schul- und Hochschulpolitik, sowie die Organisation von Rundfunk und Fernsehen gelten. Gesamtdeutsche Dachverbände der Städte, Gemeinden und Landkreise sollten sobald wie möglich gegründet werden.

Die Reisefreiheit sollte durch eine für beide deutsche Staaten geltende Niederlassungsfreiheit für Gewerbetreibende und die Freiheit bei der Wahl des Arbeitsplatzes ergänzt werden. Aufgrund der ökonomischen Ungleichgewichte zwischen DDR und Bundesrepublik werden diese Freiheiten zu sozialen Spannungen führen. Diese Spannungen muß durch soziale und finanzielle Maßnahmen entgegengewirkt werden, ohne die Freiheiten selber zu beschneiden. Eine Zusammenarbeit der Bundesanstalt für Arbeit mit der DDR ist dringend geboten.

Die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) und andere entwicklungspolitische Einrichtungen der Bundesrepublik sollten in der Trägerschaft und bei der Durchführung von Projekten durch beide deutschen Staaten gemeinsam bestimmt werden. Es wäre ein wichtiges Signal für die Entwicklungsländer, wenn das Zusammenwachsen der beiden deutschen Staaten zu einer Verbesserung und Ausweitung ihrer Zusammenarbeit mit der und Hilfen für die Dritte Welt führen würde.

Die beiden deutschen Staaten sollten bald gemeinsame diplomatische Vertretungen zum Beispiel bei der EG, den Vereinten Nationen und dem Europarat anstreben. Bereits kurzfristig sollten beide deutschen Staaten ihre Zusammenarbeit bei der konsularischen Betreuung deutscher Staatsbürger in Drittstaaten vereinbaren. Der Schritt zu gemeinsamen diplomatischen Vertretungen erleichtert international den Übergang zur bundesstaatlichen Einheit.

Die Deutschen werden über die Verfassung eines künftigen gesamtdeutschen Bundestaates allein entscheiden können. Klarheit darüber, wie eine künftige Einheit der Deutschen künftig verfaßt sein soll, schafft im deutsch-deutschen Verhältnis Klarheit über die Schritte, die erforderlich sind, um dieses Ziel in der Weise und in der Zeitabfolge zu erreichen, die den Menschen in beiden deutschen Staaten dient. Klarheit darüber, welche verfassungsmäßige Ordnung die Deutschen anstreben, kann aber zugleich auch zur Beruhigung der europäischen Nachbarn der Deutschen beitragen.

Die Demokratisierung Osteuropas gibt den Deutschen die Chance, ihre Einheit in einer europäischen Ordnung des Friedens und der Freiheit zu verwirklichen. Diese Chance ist zugleich Verpflichtung.

(-/23.2.1990/vo-he/st)

Stoltenbergs Fehlverhalten im Falle Schmählings

Zum Buch des in den einstweiligen Ruhestand versetzten Flottillenadmirals

Von Dr. Wilhelm Bruns

Abteilungsleiter in der Friedrich-Ebert-Stiftung

I.
Ein Offizier der Bundeswehr, der in sicherheitspolitischen Fragen analytische und konzeptionelle Fähigkeiten unter Beweis gestellt hat, der sich engagiert und kompetent mit herkömmlichen Annahmen unserer Verteidigungspolitik auseinandersetzt und für eine neue Sicherheitspolitik plädiert und dazu Vorschläge macht, gehört in den Planungsstab des Bundesministeriums der Verteidigung! Doch hat sich der zuständige Minister für den scheinbar bequemeren Weg entschieden: Er hat Flottillenadmiral Elmar Schmähling in den einstweiligen Ruhestand versetzt. Was auch immer der Grund für diese „Maßnahme“ gewesen sein mag: Das erste Buch von Schmähling kann nicht der Grund für diese Maßnahme sein.

Denn was Schmähling schreibt, ist längst Gegenstand der wissenschaftlichen Diskussion. Vieles von seiner Kritik am überkommenen Abschreckungssystem ist inzwischen Expertenkonsens. Viele Vorschläge - von der strukturellen Nichtangriffsfähigkeit über die vernünftige Hinlänglichkeit zur gegenseitigen Verteidigerüberlegenheit sind inzwischen Gemeingut in der einschlägigen Diskussion.

II.
Mit seinem Buch will Schmähling einen „persönlichen Beitrag zur Überwindung der Militarisierung unserer Welt leisten“. Dies geschieht auf dem Wege der Informationsvermittlung und der „nachdenklichen Reflexion“. Auch wenn gelegentlich zugespitzt und polemisch argumentiert wird - wie etwa bei der Kritik an der Strategie der nuklearen Abschreckung „mit all ihren pervertierten Einsatzvorstellungen“ - das Buch verdient einen breiten Leserkreis, um sich ein Bild von der Entwicklung der Verteidigungspolitik, ihren wichtigsten Annahmen und ihren möglichen Wirkungen zu machen.

Schmähling kritisiert nicht nur die Sicherheitspolitik, sondern auch die Politiker, denen er nicht selten Ahnungslosigkeit und Desinteresse vorwirft. Etwa bei WINTEX-Übungen. Sehr gelungen ist seine kritische Bestandsaufnahme der Bundeswehr. Sein Konzept der „Gesamtverteidigung“ wird noch zu diskutieren sein.

III.
Insgesamt liegt ein - im besten Sinne - anstößiges Buch vor, das zum Umdenken beiträgt, jedenfalls Anstöße dazu gibt.

Wenn die Akzeptanz der Bundeswehr auch von der Fähigkeit abhängig ist, wie sich die Bundeswehrführung mit Kritikern auseinandersetzt, so steht es mit dem Blick auf den „Fall Schmähling“ nicht gut um die Bundeswehr!

Elmar Schmähling, Der unmögliche Krieg, Sicherheit und Verteidigung vor der Jahrtausendwende, Econ-Verlag, Düsseldorf u.a. 1990, 320 Seiten.

(-/23.2.1990/vo-ha/st)

* * *

Kissingers neues Denken

Zu einem sicherheitspolitischen Vorschlag des US-Politikers

Von Wolfgang Biermann

Geschäftsführer der Initiative für Frieden, internationalen Ausgleich und Sicherheit (IFIAS)

In der „Welt am Sonntag“ wurde kürzlich - mit kleinen, aber wesentlichen Übersetzungsmanipulationen im Geiste der „Welt“ - ein Beitrag von Henry Kissinger für die „Los Angeles Times“ abgedruckt, welcher sich wohltuend von einigen bundesdeutschen oder US-amerikanischen Positionen aus dem konservativen Lager unterscheidet. Er schlägt konkrete Schritte vor, die die Sicherheitsinteressen aller Beteiligten in Europa berücksichtigen, so daß die deutsche Einheit niemanden gefährdet. Deshalb sollte Kissingers Vorschlag noch einmal näher betrachtet werden.

Die wichtigsten Positionen Kissingers:

1. Ein nach dem Vorbild Österreichs neutralisiertes Deutschland würde zwangsläufig zu Konflikten und neuen Koalitionen zur Eindämmung einer deutschen Hegemonialmacht führen. Dies könnte sogar zu einem „deutsch-sowjetischen Langzeitkonflikt“ führen.
2. Kissingers „Idealmodell“ sieht die Neutralisierung Osteuropas und entmilitarisierte Sicherheitszonen vor:
 - „Die Staaten Osteuropas - mit Ausnahme der DDR - erhielten einen Status ähnlich dem Österreichs oder Finnlands.“
 - Der erste Schritt zur deutschen Vereinigung wäre „eine Konföderation, deren erste internationale Aufgabe im Aushandeln eines Friedensvertrages bestehen würde, der die heute existierenden Grenzen bekräftigt“.
 - „Wenn es wollte, könnte Deutschland in der NATO bleiben, doch das Gebiet der jetzigen DDR würde entmilitarisiert werden und der Gesamtumfang aller deutschen Streitkräfte vertraglich begrenzt bleiben“.
 - Drastische Reduzierung der auf deutschem Boden stationierten fremden Streitkräfte.
 - „Die Nuklearwaffen und fremden Streitkräfte in Westdeutschland würden auf ein vereinbartes Limit reduziert und in ein vereinbartes Gebiet in der Nähe der Grenze zu Frankreich und den Benelux-Ländern(*) zurückgezogen werden.“ Die in Westdeutschland verbleibenden Streitkräfte würden ebenso wie die sowjetischen Streitkräfte zwischen Moskau und der sowjetischen Westgrenze reduziert werden.

(*) Hier schummelt die „Welt“ und macht aus dem Gebiet an der Westgrenze der Bundesrepublik, wo noch Atomwaffen erlaubt sein sollen, ein Gebiet „östlich des Rheins“, also theoretisch bis zur Elbe!

Kissinger rechnet mit einer Übergangsperiode von circa fünf Jahren. Sein wichtigstes Argument:

„Ein vertraglich fundierter, geregelter Prozeß der deutschen Wiedervereinigung würde eine ansonsten schwelende Krise beruhigen. Die Sowjetunion würde ... von solch einer Regelung profitieren. Sie hätte ein Sicherheitsglacis von ungefähr 1.300 km, eine Zone zwischen Rhein und Elbe, die nur leicht militarisiert ist, eine entmilitarisierte Zone auf dem Gebiet der heutigen DDR, eine bedeutende Verringerung der amerikanischen Truppenpräsenz in Europa und einen Gürtel neutraler Staaten in Form von Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei. Im Gegenzug erhielte Westeuropa dasselbe Sicherheitsglacis, das mit einer Zone beschränkter Militarisierung im Westteil der Sowjetunion anfinde.“

Der durchaus konservative Kissinger zeigt auf beeindruckende Weise, daß er sensibel für politische Prozesse ist und Realismus mit politischer Phantasie besser verbinden kann, als manche liberalen Geister. Dabei schließt er nicht einmal die deutsche Neutralität aus:

„...glaube ich, daß es schließlich zu einer neutralen Lösung kommen könnte, vor allem, wenn Deutschland in der Europäischen Gemeinschaft verbleiben könnte. So schmerzlich ich eine solche Entwicklung auch empfinden würde - für die Vereinigten Staaten bestünde kein Grund zur Panik. Statt dessen sollten sie einen den Fortbestand der NATO für alle interessierten Mitgliedsländer anbieten.“

Meiner Überzeugung nach würde ein solches Angebot von vielen westeuropäischen Staaten mit Bereitwilligkeit angenommen werden, da die neue NATO dann ein Sicherheitsbündnis gegen deutschen Revanchismus oder erneute sowjetische Aggressivität darstellen könnte... Natürlich sollten das amerikanische Militärpotential in Europa und die Gesamtstärke der NATO der sinkenden Bedrohung aus dem Osten Rechnung tragen.“

Kissinger betonte auch, daß ein neues Sicherheitssystem „eine gewichtige Veränderung in der traditionellen NATO-Doktrin in sich“ berge. Auch wenn er in seinem Vorschlag noch davon ausgeht, daß Nuklearwaffen der „Fremden Streitkräfte auf westdeutschem Gebiet“ bleiben würden, dürfte dies kein Hindernis sein, seine Anregung aufzugreifen. Eine sinnvolle Begründung für diese Nuklearwaffen gibt Henry Kissinger nicht. Wie sollte er auch?

Aber abgesehen von diesem Relikt alten Denkens: Man kann Henry beglückwünschen zu seinem gelungenen Vorschlag wider die deutsche oder amerikanische Provinzialität.

(-/23.2.1990/vo-he/st)

* * *